



Editorial

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

Wer die Entwicklung der Stadt Zürich der letzten 30 Jahre betrachtet, kann sich dem Eindruck nicht verwehren, dass hier alles unternommen wurde, um jeder Leerstelle, jeder Brache eine Aufgabe zuzuordnen. Von Selbstorganisation und Freiheit von Konsumzwang, wie sie in den den 80ern und frühen 90ern zelebriert wurden, ist heute verschwindend wenig zu spüren. Damals liess die Stadtregierung Bewohner*innen, Besetzer*innen und Alternative lange gewähren. Schliesslich lieferten diese den Stadtentwickler*innen viele lehrreiche Einsichten und Anschauungsbeispiele. Noch heute wird ein neues Quartierzentrum oder eine neue Einkaufsmeile gerne mit einem Hauch Autonomie aufgehübscht.

Dass ein Projekt wie das der Stadionbrache auf der einen Seite sehr viel Unterstützung durch die Bevölkerung erfährt, ist wenig überraschend. Ebenso klar sind aber auch die geringen Chancen, dass diese Brache, wie sie aktuell existiert, gegen die grossen wirtschaftlichen Begehlichkeiten Bestand haben wird. Gerade wenn der gesetzliche Rahmen hinterherhinkt und die Nachhaltigkeit dem Markt überlassen wird, bekommen in vielen Fällen die wirtschaftlich interessanteren Lösungen den Vorrang. Denn ein «Brachliegen» von Raum widerspricht der kapitalistischen «Vernunft». Momente des Nicht-Nutzens, der Untätigkeit, die einst geschätzt waren, wurden ersetzt durch ein Paradigma der fortwährenden Aktivität. Die Brache steht damit auch subjektiv für ein Entkommen vor wirtschaftlichen Zwängen.

Dass dieser Look einer «Brache» eine gewisse Ausstrahlung hat, hat auch die Eventwirtschaft gemerkt. Verkaufsorte wie etwa der Geroldsgarten geben sich ein betont alternatives und improvisiertes Aussehen. Tatsächlich muss hier nichts mehr verhandelt werden; die Allgemeinen Geschäftsbedingungen liegen bereits vor. Doch wie bei Pflanzen, die sich stur durch den Asphalt kämpfen, gibt es auch im Stadtleben Orte und Figuren, die immer wieder neue Triebe bilden und unerwartet auftauchen.

Wir fragen in dieser Ausgabe, wie Städte mit ihrem Raum umgehen sollen, was dieser für uns Menschen bedeutet, und wie es um Auswege aus der zerstörerischen Wachstumslogik steht.

Von Ivan Sterzinger

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Zürichs Brachen,

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

von Lina Sommer

Brache

Die früh aus der Brache gerissene Erde ist jetzt verkrustete Wüste. Betrauer nicht die Erde Versteh die Wüste.

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Von Lina Sommer

Leerstand als Ware: Profitorientierte Zwischennutzungsfirmen wie «Intermezzo» sind die neusten Protagonisten im Häuserkampf.

Unten steht Security, oben eine Ikea-Tasche. Inhalt: ein Tisch zum Selberbauen, drei Stühle, etwas Geschirr. Das Einzugs Geschenk für alle neuen Mieter*innen im Mehrfamilienhaus am Sihlquai 252 in Zürich. Gebraucht werden beide – Security wie Tasche: Letztere, weil die frisch Einziehenden nur 9 Monate bleiben dürfen und es sich deshalb kaum lohnt, Möbel anzuschaffen. Ersterer, weil sich Aktivist*innen darum bemühen, diese Liegenschaft zu besetzen. Den früheren Bewohner*innen wurde gekündigt: Ein Umbau steht an.

Mittendrin ist Marc, der eigentlich anders heisst. Er ist neu in eine 2,5-Zimmer-Wohnung am Sihlquai eingezogen. Vermietet hat ihm die Wohnung aber nicht der Eigentümer Coop, sondern die Zwischennutzungsfirma «Intermezzo». Marc zahlt 1400 Franken Miete, deutlich mehr als seine Vormieter*innen. «Aber für Zürich ist das vergleichsweise bezahlbar», sagt er. Er hatte keine unbefristete Wohnung gefunden, aber dringend eine gesucht.

Die «jungen Leute» von der Intermezzo hätten ihm gleich nach der Besichtigung zugesagt, erzählt er. Die Zeit hat gedrängt: Werden Liegenschaften besetzt, die schon vermietet sind, werden sie von der Polizei sofort geräumt. Auch wenn die Wohnungen darin nur für wenige Monate vergeben sind. So wie an Marc. Inzwischen sucht er wieder eine neue Wohnung. Die Security vor seinem Hauseingang ist verwunden.

Win-Win-Win

Das Geschäft mit den Zwischennutzungen boomt. Inzwischen gibt es mehrere Unternehmen, die um den Profit mit temporär leerstehenden Immobilien buhlen. Keines von ihnen hat auf Anfragen reagiert. Neben «Intermezzo» etwa auch «Projekt Interim» und «Novac Solutions». Deren Geschäftsführer Alexandros Tyropolis spricht 2019 gegenüber der NZZ von einem potentiell riesigen Markt, den er mit seiner Firma erschliessen will. Auf ihrer Website bewirbt sie sich mit «zeitgemäßem Leerstandsmanagement und maximaler Performance». Unter anderem habe das einen positiven Einfluss auf die Gentrifizierung. Was damit gemeint ist? Unklar. Aber Tyropolis bezeichnet sein Zwischennutzungsmodell als «Win-Win-Win-Lösung».

Boomen Zwischennutzungen also, weil alle davon profitieren? Die Stadtgeographin Gabriela Debrunner sieht den Grund für die Zunahme von Zwischennutzungen eher in der Revision des Raumplanungsgesetzes von 2014. Das revidierte Gesetz verlangt, dass Gemeinden ihre Bauflächen nicht mehr vergrössern, sondern gegen innen verdichten.

Grünflächen und Landwirtschaftszonen ausserhalb von Dörfern und Städten werden damit besser geschützt; innerhalb der Gemeinden führt die Massnahme hingegen zu mehr Effizienzdruck. Zu mehr Druck auf brachliegende Flächen und Freiräume. Aber auch zu mehr Druck auf eigentlich intakten Bestand in den Städten: Den Immobilien, die nicht an der maximal zugelassenen Effizienzgrenze kratzen, drohen Ersatzneubau oder Totalsanierung. «In diesem Kontext kommt es dann zu zeitintensiven Baueingaben. Planungen werden komplizierter, Einsprachen sind häufig», sagt Debrunner. «Zwischennutzungen sind ein flexibles Instrument, um diesen Problemen zu begegnen.»

Konkret: Wenn ein ausgereiftes Sanierungsprojekt vorliegt, darf ein Eigentümer seine Liegenschaft leerkündigen. Am besten macht man das so früh wie möglich. Denn Mieter*innen haben Rechte – und können ihren Auszug verzögern. Sind sie einmal weg, werden die Wohnungen zwischengenutzt, bis der Umbau beginnen kann. Die Zwischennutzer*innen sind einfacher zu handhaben, weil ihr fristgerechter Auszug von Anfang an vereinbart wurde. «Der Mieter mietet das Mietobjekt ausdrücklich nur für die beschränkte Zeit bis zum Baubeginn. Eine Erstreckung über diesen Zeitraum hinaus ist ausdrücklich ausgeschlossen», steht etwa in Marcs Vertrag.

Wie genau Immobilien-Eigentümer wie Coop profitieren – das beschreibt die Branche selbst am besten: Auf der Website von Intermezzo sind die PowerPoint-Folien eines Vortrags von Mietrechtler Marco Giavarini einsehbar. Eine Zwischennutzung könne demnach ein «allenfalls positives Image in der Öffentlichkeit» kreieren, was im Fall von Coop doch recht krachend gescheitert ist. Weitere Vorteile: Generierung von Einnahmen, Pflege des Gebäudes, Vermeidung von Vandalen-Akten. Und immer wieder in diesem Kontext: die Vermeidung einer Besetzung.

Wo, wo Wohnige?!

Szenenwechsel. 80er Jahre in Zürich. Die Globus-Krawalle gelten für viele als Wendepunkt: Progressive Jugend gegen alteingesessenes Bürgertum. Die Stadt brennt. Entzündet hat sie sich zum einen an der Verteilung von Kultursubventionen. Zum anderen vor allem aber auch an der Forderung nach mehr Raum. Das Autonome Jugend Zentrum AJZ wurde erkämpft – und bald wieder geschlossen. Die Rote Fabrik lebt noch heute.

Die heutige Zürcher Sozialdemokratie blickt gern mit einer Mischung aus Nostalgie und Stolz zurück auf diese Bewegung. Nicht wenige ihrer ehemalige Mitglieder sind heute an den Schalthebeln der Stadt angelangt. Zürich hat sich verändert: Vom Bollwerk der Liberalen

Zwischennutzungen brennen nicht

mit ihren «Glitzerfassaden steinharder Bürgerlichkeit», wie der Spiegel 1984 in einem vernichtenden Artikel schrieb, zu einer «lebendigen und dynamischen kleinen Metropole» – so beschreibt sich die Stadt heute selbst.

Im Fokus der Proteste der 80er Jahre standen nicht nur Kulturzentren, sondern auch Wohnraum: «Wo, wo Wohnige?», fragten die Demonstrant*innen und liessen auf die Globus-Krawalle eine Hochzeit der Besetzungen folgen. Damit artikulierten sie eine eigene Antwort auf die Parolen-Frage, an der Mehrheitsgesellschaft vorbei: Wohnen ausserhalb des kapitalistischen Immobilienmarkts als eine Form des Widerstands. Ohne Gott, Staat oder Mietvertrag. Die Zürcher Besetzungskultur erreichte in den 80er Jahren einen Höhepunkt, der darin mündete, dass der Gemeinderat 1989 entschied, die Stadt übernehme Kosten für Räumungen nur noch dann, wenn ein gutgeheissenes Baugesuch vorliegt.

Als Antwort auf die Wohnungsknappheit und ihre politischen Sprengkraft gewann aber auch eine zweites Konzept an Bedeutung. In seinem Fokus standen dieselben Immobilien wie für die Besetzer*innen. 1983 wurde der Verein Jugendwohnhilfe gegründet, um mit der Vermietung von temporär leerstehenden Immobilien der Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen entgegenzukommen. Die Zwischennutzung wurde institutionalisiert. Noch heute vermietet der Verein unter dem Namen Jugendwohnnetz Juwo rund 1500 Wohnungen an die Zürcher Jugend.

Wie eine Geschichtsbroschüre der Studentischen Wohngenossenschaft WOKO berichtet, haben schon damals Spannungen zwischen Zwischennutzer*innen und der Besetzungsszene bestanden. Einmal sei die WOKO sogar besetzt worden. Denn Angebote wie das Juwo waren zum einen zwar ein Entgegenkommen gegenüber der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum. Zum anderen boten sie aber eben auch eine (Übergangs-)Lösung des Problems im Sinn der Befriedung: Zwischennutzungen brennen kaum.

Immer weiter an die Ränder

Rund 30 Jahre später, 2011, wird ein scharfsinniger Wirtschafts-anwalt mit einer delikaten Mission beauftragt, wie der Tagesanzeiger berichtete. Raffael Büchi sollte im Interesse der UBS mit den Besetzer*innen einer Liegenschaft verhandeln, um sie loszuwerden. Diese boten der UBS an, einen Gebrauchsleihvertrag zu unterzeichnen und das Gebäude zu verlassen, wenn eine Baubewilligung vorliege. Bei Büchi fiel ein Groschen.

Gemeinsam mit zwei Geschäftspartnern gründete er zwei Jahre später das «Projekt Interim», mit dem er das Konzept der Besetzer*innen zu einem Geschäftsmodell verwandelte. Gezielte Auswahl der Nutzer*innen, weniger Anonymität, mehr Kontrolle für die Eigentümer. Krümel für die Dienstleistungsfirmen. Und in vielen Fällen ganz in der Tradition der Besetzungen: immer noch kein Mietvertrag.

Der Begriff der Kommodifizierung beschreibt den Prozess des Zur-Ware-Werdens nach Marx: Die Erschliessung einer Sache oder Dienstleistung durch den zu immer neuen Horizonten aufbrechenden Markt. So geschehen im Fall der Zwischennutzungen in Zürich: Von der Forderung nach mehr Raum – hin zu einem entsprechenden Marktangebot. Die Kommodifizierung stand auch im Fokus des 2019 von Gabriela Debrunner gemeinsam mit Jean-David Gerber veröffentlichten Fachartikel «The commodification of temporary housing». «Paradox ist, dass sich aus der Forderung der Nutzer*innen eine Dienstleistung für die Eigentümer entwickelt hat», sagt Debrunner.

Urbane Asphyxie

Der milliardenschwere Immobilienmarkt hat sein Abfallprodukt für sich entdeckt und prescht vor an die Ränder seiner Stadt. Darunter leiden nicht zuletzt auch gemeinnützige Angebote: «Die zunehmende Konkurrenz ist spürbar», sagt Patrik Suter, CEO des Juwo. Es sei schwieriger geworden, an geeignete Objekte zur Weitervermietung zu gelangen. «Erstmals seit vielen Jahren werden die Anzahl Juwo-Wohnplätze im laufenden Jahr sinken.»

Aber die Folgen der Kommodifizierung von Zwischennutzung reichen noch viel weiter. «Mit der fortschreitenden kapitalistischen Stadtentwicklung bleibt immer weniger Raum für Abweichung», sagt der Stadtsoziologe Luca Pattaroni, der an der EPFL zu Freiräumen, Subkultur und Stadtentwicklung forscht. Er spricht von «urbaner Asphyxie»: von Atemstillstand. «Wir leben in Städten, in denen es kaum mehr Ränder gibt, die Raum lassen für Experimente und kritische Gegenpositionen.»

Das Bedürfnis, solche Gegenpositionen zu vertreten, verschwindet damit freilich nicht. Zwar haben sich Temporär-Verträge auf einem Markt unter Hochdruck im Häuserkampf als effektiver erwiesen als Knüppel und Gummischrot. Aber auch 40 Jahre nach den Opernhaus-Krawallen, dem vermeintlichen Wendepunkt, und der folgenden Machtübernahme durch die Sozialdemokratie ist die Raumfrage in Zürich noch nicht annähernd geklärt. Und wer weiss: Vielleicht wird sie unter veränderten Vorzeichen bald neue Formen finden, sich zu artikulieren. Zum Beispiel: Brennen sie doch?

Von Lukas Tobler

Lukas Tobler ist Redaktor beim selbstorganisierten Zürcher Onlinemagazin das Lamm und arbeitet als freier Journalist.



1

neues Zuhause



2



3



4



5

6



Hier entsteht Ihr



Das Gelände neben einer ehemaligen Brauerei in Berlin war lange eine Brache. Jetzt ist in der Brauerei ein Zentrum für zeitgenössische Kunst, daneben steht ein Urban-Gardening-Projekt, gegenüber ein Biergarten. In der alten Lagerhalle am anderen Ende befindet sich eine Kartbahn. Die beiden Seitenflächen werden von einem Neubau und einem sanierten Gebäude eingerahmt. Hier kommen ca. vierzig Nichtregierungsorganisationen und soziale und antirassistische Projekte unter. Einige davon gehören zu einem übergeordneten Verein, an andere wird durch diesen Verein untervermietet. Dazu entsteht ein dekoloniales Denkmal. Der Verein, der die Projekte unter ein Dach bringt, leiht sich seinen Namen vom Medientheoretiker Marshall McLuhan: Global Village. Gekauft hat das Gelände eine Tochterfirma der Schweizer Stiftung Edith Maryon, die sich nach einer engen Mitarbeiterin Rudolf Steiners benannt hat und sich das Programm gibt: «Die Non-Profit-Organisation entzieht Grund, Boden und Liegenschaften der Spekulation, stellt günstigen Wohn- oder Gewerberaum sicher und unterstützt soziale und kulturelle Projekte.» Einen Teil der Kosten, ca. ein Drittel, steuern aber auch die Stadt und der Staat bei.

Das Global Village ist beispielhaft für neue, partizipative Wege in der Stadtentwicklung, die sich durch eine bestimmte und typische Aufgabenteilung auszeichnen: Staat (und Kommune) steuern neben einem Teil der Projektkosten vor allem auch baurechtliches und administratives Know-How bei, das nötig ist, um die kreativwirtschaftlichen Quartiersideen umsetzen zu können. Die andere Partei in dieser Partnerschaft sind zivilgesellschaftliche Akteure, also Privatpersonen, die aber zumeist nicht zwingend in Vereinen zusammengeschlossen sind. Sie bringen neben finanziellen Mitteln, die sie aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden generieren, ihre Ideen für die Gestaltung und Nutzung des Neubaus ein. Initiative und Engagement gehen also von den Bürger:innen aus.

Historischer Ausgangspunkt dieser Beteiligungsformen ist das Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen ab 1968 und deren Rebellion gegen die starren Hierarchien und bürokratischen Strukturen der westeuropäischen Nachkriegsgesellschaft. Dieser «verwalteten Welt» stellten die 68er die Werte der Kreativität und Spontanität entgegen. In der Stadtplanung war der Frankfurter Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich Stichwortgeber für die Kritik am städtebaulichen Funktionalismus: Der «Unwirtlichkeit unserer Städte» – so Diagnose und Titel seines Pamphlets von 1965 – wollte man durch neue Wege zivilgesellschaftlicher Partizipation entgegenwirken. So entstanden über die Jahrzehnte bis in die Gegenwart in der Stadtplanung eine Reihe von Prozessen, die Bürgernähe suggerierten. Vermittelt über das «bottom-up-Prinzip» wird der Begriff der Planung seiner technokratischen – oder gar totalitären – Konnotation entzogen. Schwer lässt sich in der Stadtplanung heute ein Projekt finden, das ohne eine ganze Batterie an Beteiligungsformaten auskommt: Stiftungen, Vereine, NGOs etc. hauchen der Stadtplanung ein Leben ein, das den kalten stadtplanerischen Projekten fehlt.

Der Soziologe Luc Boltanski und die Wirtschaftswissenschaftlerin Eve Chiapello bezeichnen diese Art von Opposition gegenüber der Nachkriegsgesellschaft als «Künstlerkritik». Sie beobachten, wie die Forderung nach mehr Kreativität und flachen Hierarchien zum herrschenden Management-Typus wurde und so einen «neuen Geist des Kapitalismus» zeitigte. Analog erkannten auch die gescholtenen staatlichen Instanzen das Potenzial der gestalterischen Ansprüche in der Gesellschaft an die Stadtentwicklung. Dabei fallen zwei Aspekte besonders ins Auge: Wie die Bevölkerung als Gemeinschaft, als «Community», hergestellt und aktiviert wird. Und wie eine Akzeptanz für diese Transformationen geschaffen wird, die als Kitt dient für mögliche Fehler oder restriktive Eingriffe durch den Staat.

Aktivierung der Bevölkerung

Ab den 1960er-Jahren wurde der Begriff der «Community» als emanzipatorischer Versuch stark gemacht, um auf stadtplanerischer Ebene jenseits der Institutionen durch Gemeinschaften von Bürger:innen selbstständig einzugreifen und zu gestalten. Bei Mitscherlich taucht der Begriff der «Community» noch als positiver Gegenbegriff zum ideolo-

gischen «Gemeinschaftsgeist» auf. Er setzt der Phantasielosigkeit im Städtebau bereits eine «planerisch ermöglichte «Nachbarschaft» entgegen. (Seine radikalere Forderung nach Enteignungen bleibt ebenso aktuell.) Wie viele der vermeintlichen Gegenstrategien im späten modernen Kapitalismus lässt sich jedoch auch diese Strategie in jenen implementieren und gegen die eigentliche Intention wenden. Der Anspruch, über die Entwicklung des eigenen Viertels mit zu verfügen, aktiviert die einzelnen Subjekte. Wenn sie in Bürgertreffen, Selbsthilfegruppen, Gemeinschaftsgärten, Flohmärkten etc. aktiv werden und sich austauschen, erfahren sie eine viel beschworene «agency», haben am gesellschaftlichen Leben und den Entwicklungen teil und können vermeintlich mitgestalten.

Diese «agency» verschleierte gerade die Ohnmacht im Angesicht der Verhältnisse. Denn die «Community» wird immer noch zuerst auf politischer und institutioneller Ebene verhandelt. Es sind vor allem die bürgerlichen Schichten, die über das eigene Wissen und kulturelle Kapital verfügen, um sich zu beteiligen und ihren Weg durch die Institutionen zu gehen. Präkäre Interessengruppen, migrantische oder proletarische Gruppen, werden begrifflich ebenfalls als «Communities» zusammengefasst. Politisch werden sie vor allem im doppelten Sinne vertreten: Sowohl von NGOs, die zwar Ihre Interessen repräsentieren, aber damit für sie sprechen, als auch von Parteien, die sich meist nur verbal oder symbolisch für sie einsetzen. Die Community schließt nicht unbedingt alle Communities gleich ein.

Die staatliche Seite wiederum hat die Möglichkeit, selektiv auf diese Initiativen zu reagieren. Mittels Projektförderung, die meist zeitlich befristet ist, können Entwicklungen unterstützt werden, die für den Standort erwünscht sind, indem sie etwa mehr Gewerbesteuer generieren. Diesen Zusammenhang von Kreativwirtschaft und Stadtentwicklung beschreibt unter anderem der Ökonom und Stadtplaner Richard Florida. Zentrale Größe für die wirtschaftliche Prosperität der Stadt, so seine zentrale These, ist die Ansiedlung einer kreativen Klasse: gut ausgebildete junge Menschen, die in wissensintensiven Berufen und der Kreativbranche tätig sind; die bereit sind, unter prekären Bedingungen zu arbeiten, weil sie wissen, dass dies für sie nur eine Phase ist und ihnen die notwendigen Erfahrungen und das kulturelle Kapital für die besseren Posten beschert. Insbesondere diese Kreativen erzeugen im Stadtraum ein Ambiente, das symbolisch hip und innovationsfreundlich wirkt und ökonomisch als Standortfaktor die Ansiedlung von Start-Ups begünstigt.

Haben sich politisch erwünschte Projekte erst einmal etabliert, kompensieren sie sogar staatliche Strukturen, etwa in der Daseinsvorsorge, aber auch bei kommunalen Beratungs- und Kulturleistungen und sparen dadurch Kosten – in Zeiten «chronisch leerer Kassen» und einer rigiden Sparpolitik ein wesentliches Argument. Für politisch negativ bewertete Entwicklungen verfügt der Staat indes noch immer über Mittel, um durch Parlamente und Ordnungsämter zu sanktionieren und Restriktionen aufzuerlegen. Sie bleiben wirkmächtiger als die – häufig – kurzzeitigen Initiativen und gestalterischen Versuche. Die Zivilgesellschaft bildet die Ressource und steht für eine Aufgabe ein, die eigentlich dem Staat obliegen würde.

Schaffung von Akzeptanz

Proteste entzündeten sich in den westlichen Demokratien der Nachkriegszeit an Kriegen, Sozialkürzungen oder Fragen des Umweltschutzes. In den letzten Jahren bewegten die Bürger:innen indes auch Grossbauprojekte: Planungsfehler, explodierende Kosten und verschobene Fertigstellungstermine erzeugen in der Bevölkerung Unverständnis. Planer:innen empfinden diese Kritik wiederum nicht gerechtfertigt und argumentieren mit der hohen Komplexität dieser Grossprojekte, die sich aus der Kosteneffizienz, dem Wunsch nach einer kurzen Bauzeit und der oftmals schwierigen Koordination beteiligter Akteure im Bauprozess ergibt. Diese Distanz zwischen Planer:innen und Bürger:innen soll durch Formen der Beteiligung am Bauprozess verringert werden.

Angebote zur Teilhabe bieten formell so die Möglichkeit, zivilgesellschaftliche Interessen und Belange in den Planungsprozess zu

integrieren. In den konkreten Bauprojekten zeigt sich jedoch, dass zwischen der politischen und planerischen Ebene einerseits und der interessierten Öffentlichkeit andererseits eine Informationsasymmetrie besteht. Diese bietet staatlichen Akteur:innen die Möglichkeit, den Beteiligungsprozess strategisch zu gestalten. Auf Seiten staatlicher Bauträger liegt es nahe, die Beteiligung der Bevölkerung auf eher unbedeutende Schauplätze der Projekte zu beschränken. Workshops, die sich mit der Gestaltung der Grünflächen im neu erschlossenen Areal auseinandersetzen, verleihen dem Bauvorhaben den Anschein eines breiten Konsens. Wegweisende Entscheidungen bleiben nach wie vor in den Händen der beteiligten Planer:innen.

Eine zweite Strategie, die sich mit der Beteiligung der Zivilbevölkerung eröffnet, ist es, unpopuläre Entscheidungen zu delegieren. Diese werden so an Akteur:innen ausserhalb der Arena der repräsentativen Demokratie abgewälzt. Bürger:innen, die keine Expert:innen sind, sind eher gewillt, einem planerischen TINA-Prinzip («There is no alternative») zuzustimmen, wenn sich die Grenzen des Möglichen plötzlich sehr eng darstellen. Dadurch werden Konflikte der repräsentativen Demokratie abgekürzt. Staat (und Stadt) regieren im doppelten Sinne durch die «Community». Sie treffen die letztgültige Entscheidung, holen sich dafür aber die Absolution der Bürger:innen ein. Die Konflikte werden so als gemeinsame erfahren, bei der die Hierarchie verschwindet. Wie bei der «agency» stellt sich ein Effekt ein, wie ihn sich Unternehmenssoziolog:innen und -psycholog:innen nicht besser ausdenken könnten: Die Konflikte fungieren als Bindeglied zwischen den ungleichen Parteien und schaffen Akzeptanz für die durchgeführten Massnahmen bei den Schwächeren, frei nach dem Credo «teile und herrsche durch soft skills».

Mit dem vermeintlichen volunté generale werden dabei ebenso finanzielle wie ästhetische Verfehlungen gerechtfertigt. Die Bevölkerung zieht aus dieser direktdemokratischen Inklusion zugleich positive Rückkopplungseffekte. Dieses Regieren, bei dem Teilhabe lediglich suggeriert wird, erfüllt so zusätzlich eine systemstabilisierende Funktion.

Das ist Kultur, das kann weg

Ein anderes Beispiel aus einer Kleinstadt: Die leerstehende Militärkaserne im oberfränkischen Bamberg wird zuerst in Eigeninitiative von der Nachbarschaftsgemeinschaft «erobert». Die Kreativen veranstalten in den Räumen regelmässig ein Kultur-Festival, erschliessen ehemaligen Pferdestall und Poststation für Konzerte, Raves, Lesungen, Ausstellungen und Diskussionen über die Stadtentwicklung, an der sich auch die Verantwortlichen der regierenden sozialdemokratischen Partei gerne beteiligen. Allerdings gelingt es nicht, den Ort als kulturelles Zentrum zu verstetigen, obwohl ein solches lange fehlte. Zwar wird die Brache durch die kulturelle Zwischennutzung aufgewertet. Letztendlich muss die Kunst aber dem Argument des Wohnungsbaus weichen. Gewerberäume werden an Start-Ups und professionelle Event-Veranstalter:innen vermietet. Die Kreativen haben den Standort vermeintlich von unten im Sinne der Gemeinschaft etabliert; damit haben sie ihre Schuldigkeit für den weiteren Aufwertungsprozess getan. Fortan finden sich gewinnträchtigere Nutzer:innen für die in Wert gesetzte Fläche.

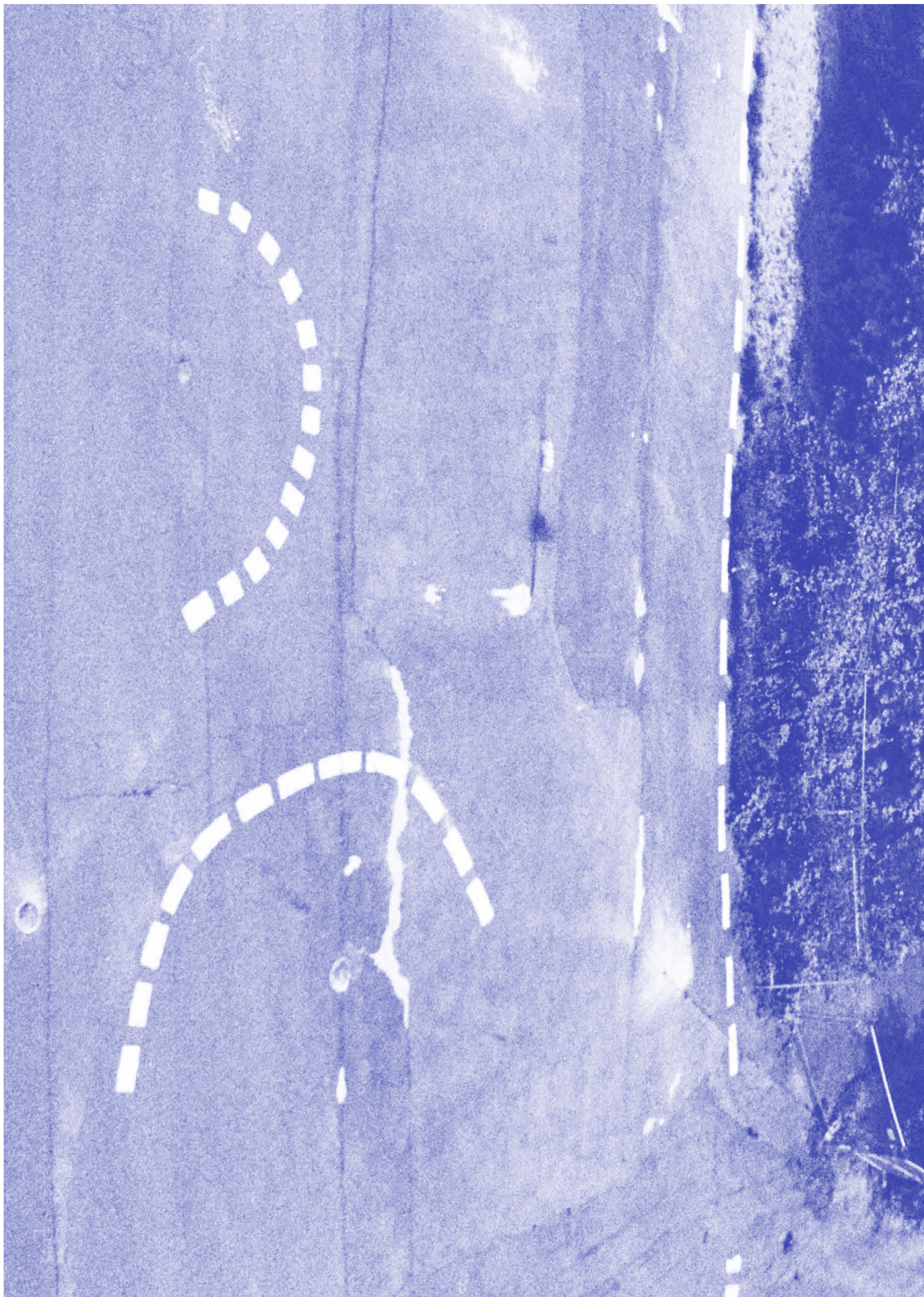
«Künstlerkritik» in die Stadtentwicklung zu integrieren, folgte der Idee, durch partizipative Momente und zivilgesellschaftliche Kreativität die staatliche und technokratische Allmacht zu brechen. Tatsächlich sind wirklich partizipativen Momenten enge Grenzen gesteckt, dazu wurde kreatives, subversives Potenzial staatlich eingehegt und für eine kapitalorientierte, kreative Stadtentwicklung in den Dienst genommen. Was bleibt, sind die Grünflächen, über deren Ausgestaltung immerhin mitentschieden werden kann.

Von Simon Dudek und Chris W. Wilpert

Simon Dudek arbeitet als Geograph an einer bayerischen Universität. Dort beschäftigt er sich mit den Themen Planung und räumliche Gerechtigkeit im Spätkapitalismus.

Chris W. Wilpert ist Literaturwissenschaftler, Übersetzer und Technischer Redakteur und lebt in Berlin.

Repressive Partizipation



1 Glacegarten (1999), Heinrichstrasse 257
Bild: art.squat.net
2 Hüttisstrasse auf der Kronenwiese (1990)
Bild: Gertrud Vogler, Sozialarchiv Zürich

3 Stadionbrache, Schallschutzwand (2021)
4 Brachland zwischen Allmend und Leimbach (2021)
5 Slogan («Mehr Innovation...») Greencity-Offices (2021)
6 Fassadenmuster vor Baubeginn (2017)

7 Sihlpapier Fabrik (2001)
Bild: ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv / Fotograf: Bärtschi,
Hans-Peter / SIK_01-055077 / CC BY-SA 4.0